

Kleine Anfrage

der Abgeordneten Frau Dr. Maxsein, Dr. Martin, Frau Geisendörfer, Dr. Schober, Dr. Wörner und Genossen

betr. europäische Integration auf dem Gebiete der Raumfahrt

Nach Pressemeldungen hat der englische Minister für Wissenschaft und Technologie, Wedgwood-Benn, erklärt, das Vereinigte Königreich sei nicht bereit, sich in Zukunft stärker als bisher an europäischen Gemeinschaftsprogrammen auf dem Gebiet der Raumfahrt zu beteiligen. So sei das Vereinigte Königreich insbesondere nicht bereit, sich an der Entwicklung europäischer Trägerraketen zu beteiligen, die über die bereits beschlossenen – Europa I und II – hinausgehe; vielmehr werde das Vereinigte Königreich seine Mitgliedschaft bei der ELDO mit Ablauf des Jahres 1971 beenden.

Ferner habe das Vereinigte Königreich auch nicht die Absicht, sich an einem europäischen Experimentalsystem für Fernsehsatelliten zu beteiligen. Die Vorschläge für ein umfassendes, kohärentes, langfristiges Raumfahrtprogramm Europas würden von ihm nicht unterstützt. Solche Vorschläge sind im Bericht des Beratenden Programmausschusses der Europäischen Raumfahrtkonferenz vom Dezember 1967 niedergelegt. Das Vereinigte Königreich sei lediglich bereit, sich mit jährlich 6% steigenden Anteilen an den Kosten der ESRO zu beteiligen.

Wir fragen die Bundesregierung:

1. Welche Entscheidungen gedenkt die Bundesregierung in Anbetracht dieser Entwicklung auf der Ministersitzung der Europäischen Raumfahrtkonferenz hinsichtlich der Vorschläge für ein europäisches Raumfahrtprogramm im Bericht des Beratenden Programmausschusses zu treffen?
2. Ist die Bundesregierung gegebenenfalls gewillt, diese Vorschläge gemeinsam nur mit den europäischen Ländern zu realisieren, die hierzu bereit sind?

3. Ist sich die Bundesregierung dessen bewußt, daß der Verzicht auf die Entwicklung einer europäischen Trägerrakete für die Zukunft die völlige Abhängigkeit bei sämtlichen Raumfahrtvorhaben Europas von den USA bedeutet?
4. Erachtet die Bundesregierung es als im Interesse der Bundesrepublik Deutschland liegend, daß sie in einem solchen Falle – infolge des für sie geltenden Herstellungsverbots eigener Trägerraketen – von jeder Entwicklung und Verwendung von Trägerraketen für friedliche Zwecke ausgeschlossen sein wird?
5. Ist sich die Bundesregierung dessen bewußt, daß eine negative Entscheidung bzw. auch nur die Vertagung einer Entscheidung über die Vorschläge im Bericht des genannten Beratenden Programmausschusses angesichts der 1969 bevorstehenden Verhandlungen über das endgültige INTELSAT-Abkommen die Preisgabe jeglicher Verhandlungsposition gegenüber den USA bedeutet, die möglicherweise günstiger sein könnte als diejenigen im Jahre 1964 hinsichtlich des vorläufigen Abkommens und der Sondervereinbarung?
6. Welche Folgerungen gedenkt die Bundesregierung aus der Tatsache zu ziehen, daß die westeuropäischen Staaten auf Grund des vorläufigen Abkommens und der Sondervereinbarungen betr. INTELSAT die Verpflichtung übernommen haben, 29 % zur Finanzierung beizutragen, während die westeuropäische Industrie in der Vergangenheit nur 2% bzw. 4% aller INTELSAT-Aufträge erhalten hat? Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Fortbestehen dieser Situation zu verhindern? Ist die Bundesregierung insbesondere bereit, heute schon die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um für sich und ihre europäischen Partner bei den INTELSAT-Verhandlungen eine günstigere Ausgangsposition zu schaffen?
7. Ist der Bundesregierung bewußt, daß der Anstoß zur Errichtung der ELDO und zu einer gemeinsamen europäischen Entwicklung von Trägerraketen vom Vereinigten Königreich ausging, und zwar mit der Begründung, dadurch könne Europa von den gesamten Vorarbeiten profitieren, die das Vereinigte Königreich für eine Trägerraketenentwicklung im nationalen Rahmen, die BLUE STREAK, gemacht habe?

Bonn, den 28. Mai 1968

Frau Dr. Maxsein
Dr. Martin
Frau Geisendörfer
Dr. Schober
Dr. Wörner
Blumenfeld
Dichgans
Dr. Hammans

Dr. Hudak
Dr. Huys
Müller (Aachen-Land)
Picard
Dr. Ritz
Frau Dr. Wex
Baron von Wrangel